

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 600. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 29. Juni 1927 Nummer 149

Mietvucher und Reichstag Abbau der Mieterchutzgesetzgebung bis Dezember verschoben

12000 Beamte demonstrieren in Dresden

Das Landtagspräsidium lehnt mit den Stimmen von Schwarz und Muder (Soj.) den Empfang der Delegation ab. — Die Regierung verhandelt nicht angesichts der Demonstranten. — Schwächliche Haltung der Gewerkschaftsführer

Der schwere wirtschaftliche Druck des kapitalistischen Rationalisierungssystems hat die Beamtenschaft außerordentlich immer drückt Dresden am längsten, um aus dem Winterh Schlaf zu erwachen. Hauptächlich waren es die Führer der Beamtenschaft, die als staatsstreue Unterthanen nicht gewagt hatten, den Forderungen ihrer verzweifelnden, in Verschuldung und Verelendung geratenden Mitglieder Nachdruck zu verleihen. Unter dem Druck der Beamtenschaft, das muß ausdrücklich festgestellt werden, hatte endlich der VDBB und der DVB gestern zu einer Massenkundgebung der Dresdner Beamten- und Lehrerschaft nach den Elbweiden aufgerufen. Vor dem Finanzministerium sammelten sich von 19 Uhr ab die Massen. Die Gewerkschaftsführer hatten das Tragen von Fahnen und Plakaten verboten, aber schon das geschlossene Erscheinen bestimmter Beamtengruppen, so der Postbeamten und anderer gab dem Ganzen den Charakter einer wuchtigen Massenkundgebung. Herr Kühn hatte zum Schutz vor den Beamten eine ansehnliche Zahl bewaffneter Polizeibeamter entsandt, die jedoch recht deutlich zeigten, daß sie am liebsten mit den Demonstranten marschieren würden. Von den ebenfalls zahlreich vertretenen Kriminalbeamten wußte man nicht recht, ob kollektives Solidaritätsgefühl oder dienstlicher Auftrag sie auf die Elbweiden geführt hatte. Alle Beamtensategorien waren vertreten. Besonders fielen die uniformierten Postbeamten auf. Mancher, der bisher verächtlich auf demonstrierende Arbeiter herabgesehen hatte, war durch die Not zur Erkenntnis gebracht worden, daß die Kampfmethoden der klassenbewußten Arbeiter- schaft die der gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger werden müssen, wollen diese ernsthaft ihr Recht auf menschenwürdiges Leben erkämpfen. 12000 Beamte und Lehrer lauschten den sechs Rednern der Verbände, unter denen die Ausführungen des Vorsitzenden des Lehrervereins Trinks vorzüglich von den abholst nicht entschlossenen der anderen Redner abhören. Trinks betonte, daß die Beamtenschaft sich nicht länger betrügen und an der Nase herumführen lassen dürfe und erklärte, daß die Not die Beamten zur Erkenntnis gebracht habe, daß, wenn die gegebenen Versicherungen nicht eingehalten würden, die Beamtenschaft ihre Kraft dem Staat zeigen müsse. Die Beamten schloßen sich als eins mit der Arbeiter- und Angestellten- schaft. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die wir anstehend zum Abdruck bringen. Ein machtvoller Demonstrationsschrei leitete sich hierauf nach dem Theaterplatz in Bewegung, wo sich adernmals die Massen ansammelten und eine zwölfte Delegation nach dem gerade tagenden Landesparlament sandten. Das Landtagspräsidium hatte beschlossen, den Empfang dieser Delegation abzulehnen. In Gemeinschaft mit dem Deutschnationalen Exekutiv- und dem Volksparteier Präsidium weigerten sich auch die Sozialdemokraten Schwarz und Muder, die Beamten vorzulassen, lediglich das kommunistische Vorstandsglied, Genosse Wiederack, trat für den Empfang ein. Das Präsidium überließ es dem Beamtenschaft die Delegation anzuhören. Die Regierung hatte gerade keine Zeit, sie wollte zweifellos damit zeigen, daß sie angesichts der Demonstration nicht verhandelt. Im Befehlsgesetzgebung hatten auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien keine Zeit. Die KPD-Vertreter erklärten für die Forderung der Beamten einzutreten. Auch die Sozialdemokraten versprachen ein gleiches. Der Demokrat Klaus gab halbe Zusagen und Betöhrte zeigte den Beamten ein unmüßiges Gesicht.

Die Beamtenschaft antwortete die Mitteilung ihrer Delegation darüber, daß die Regierung ihre Vertreter nicht empfangen habe, mit klärenden Zurufen. Zu der Berichterstattung des Verbandsvorsitzenden des Beamtenschaftsbundes muß festgestellt werden, daß dieser sich auf dem Theaterplatz größte Mühe gab, das Eintreten der KPD für die Beamten zu verschweigen. Die einzige Partei, die wirklich mit aller Energie für die Beamten eintritt, wurde nicht erwähnt. Als er aber in der Eile einmal mitteilte, was Kühn gesagt hatte, korrigierte er und erklärte, das habe Kühn gesagt von der SPD, obwohl der Herr bei seiner eigenen Bezeichnung zur SPD wech, daß Kühn nicht Mitglied des Landtages ist.

Der Vorsitzende des Beamtenschaftsbundes scheint eine Parteiluppe für eine bestimmte Partei suchen zu wollen, daran scheint ihm, dem Vertreter der Beamten, mehr zu liegen wie an der Verbesserung der Beamtenschaft.

Von den anderen Mitgliedern der Delegation wurde ob- jektiv berichtet.

Der Aufmarsch der Beamten, der hier in so riesengroßem Maße erfolgte, zeigt, daß die Erregung in diesen Schichten sehr groß ist. Die klärenden Zwischenrufe mit denen die Aus-

Ein Scheinzugeständnis an die Mieterchaft

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Der Reichstag hat gestern in sämtlichen 3 Lesungen eine provisorische Vorlage angenommen, nach welcher das Mieterchutzgesetz und das Reichsmietengesetz bis zum 31. Dezember 1927 verlängert wird. Beide Mieterchutzgesetze werden also um 6 Monate verlängert. Die Annahme dieses Antrages bedeutet aber nicht, daß der Bürgerblock mit den Verschlechterungen noch ein halbes Jahr warten will. Die Vorlagen, die die Verschlechterungen enthalten, sind dem Reichstag zugegangen und werden in beschleunigter Weise in den Ausschüssen durchberaten werden.

Die Hausagrarier haben zum Ablauf des Mieterchutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes zum 30. Juni seit langem energische Vorstöße gemacht, um die letzten Rechte der Mieter abzubauen. Die Bürgerblockregierung ist gewillt, den Forderungen der Wohnungskapitalisten rechtlos nachzukommen. Das ergibt sich klar und eindeutig aus der Dienstsitzung des Reichstages, in der die Regierung — zwei Tage vor Ablauf des Mieterchutzgesetzes — den Reichstag eine Verlängerung der Gesetze um einen Monat beschließen ließ. Allerdings brauchte der Bürgerblock eine Verschleierung seiner Absichten. Und so beantragte der Deutschnationale Graf Westarp für sämtliche Regierungsparteien die Verlängerung der Mieterchutzgesetzgebung bis Ende dieses Jahres, um Zeit zu gewinnen, die Forderungen der Hausagrarier in Gesetzesform zu gießen.

Der Sozialdemokrat Lipiski nannte das Vorgehen der Regierung eine unerhörte Prellerei auf den Reichstag, um ihn zur Annahme der für die Mieter verhängnisvollen Verschlechterungen zu nötigen.

Führungen der Redner begleitet wurden, bewiesen das zur Genüge.

Von den Demonstranten wurde folgende

Entscheidung
angenommen:
„Tausende Dresdner Beamte, Lehrer und Angestellte sind heute unter freiem Himmel versammelt, um ihrer Empörung Ausdruck zu geben über die ungläubliche Art, mit der die Reichsregierung und Regierungsparteien des Reichstages die Frage der Beibehaltung bisher behandelte haben. Seit mehr als drei Jahren wird die Beamtenschaft mit leeren Versprechungen hingehalten. Die Not in den meisten Beamtensfamilien, besonders bei den mittleren und unteren, ist aufs höchste gestiegen: Niedergerichtslosigkeit und Verarmung untergeben die Dienstfrucht immer mehr. Es ist eine Herausforderung ohrgleichem, wenn der Reichsfinanzminister, Dr. Kähler unter solchen Umständen den „höflichen Kundgebungen“ spricht. Schuld an dem ganzen Elend sind alle maßgebenden Stellen, die ihrer Verpflichtung, der Beamtenschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, nicht nachkommen wollen.“

Die Dresdner Beamtenschaft erkennt das Eintreten des Reichstages Sachien für eine sofortige Gehaltserhöhung an und erwartet, daß die ohne Vorbehalt gefassten Beschlüsse des Landtages vom 6. April d. J. nunmehr unverzüglich durchgeführt werden.

Die gesamte Beamtenschaft braucht sofort Geld. Wir fordern weiter vom Reichstag und der Reichsregierung eine sofortige ausreichende Gehaltserhöhung und im Anschluß hieran eine beschleunigte Durchführung der Beibehaltungsgesetze.

vom Landtag und von der künftigen Regierung lastträgige Vertretung dieser Forderungen im Reichstag bzw. bei den politischen Parteien.“

Am Montag wird im Landtag die Entscheidung über die Befehlsgesetzgebung getroffen werden. Die Beamten werden gut tun, auf die Parteien und ihre Haltung zu achten.

Beamtenabbau

Die Antwort auf die Beamtenforderung
Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 1927 beschlossen, den Präsidenten des Staatsrechnungshofes mit der Erhaltung eines Guthabens über die Möglichkeit einer Vereinfachung und Verbilligung der künftigen Staatsverwaltung zu beauftragen. Es bleibt ihm vorbehalten, sich dabei mit dem Reichsparlamentarier ins Benehmen zu setzen. Ferner hat das Gesamtministerium beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Altersgrenzengesetzes für Beamte und Lehrer, sowie eine Vorlage über Festsetzung von Pauschalen nachhol- grundstück und an den anschließenden künftigen Elbweiden grundstück und an den anschließenden künftigen Elbweiden grundstück und an den anschließenden künftigen Elbweiden grundstück

Reichsjustizminister Hergt entschuldigte die Regierung. Die Vorlage sei so spät eingebracht worden, weil die Länderregierungen ihre Berichte zurückgehalten hätten. Die Reichsregierung habe sogar gegenüber den sehr großen Benachteiligungen der Mieter durch die Konzepte des vorigen Jahres Verbesserungen zugunsten der Mieter vorgezogen. Die Regierung sei mit der Verlängerung des bestehenden Zustandes bis Ende Dezember einverstanden, damit in der Zwischenzeit „ein gerechter Ausgleich zwischen Hausbesitzern und Mietern“ erzielt werde.

Für die kommunistische Partei brandmarkte Genosse Hellein mit scharfen Worten die Mieterfeindlichkeit der Regierung und Bürgerblockparteien, die grenzenlose Demagogie der Wirtschaftlichen Vereinigung und rief die Mietermassen zum Kampf gegen ihre Feinde auf.

Der Demokrat Bartisch will die Interessen der Mieter und Vermieter gegeneinander abwägen, so daß vom Dezember ab Mieter und Vermieter „gleicher Weise zurück zu sein können.“

Nachdem der Völkische o. Kamin von Korruptionswirtschaft im Gefolge des Wohlfahrtsministers Hiltner gesprochen und der Wirtschaftsparteier Zeisler als Interessenvertreter der Hausagrarier den schmerzhaftesten Abban der Wohnungswirtschaft gefordert hatte, wurde in die Abstimmung eingetreten.

Die kommunistischen und sozialdemokratischen weitergehenden Verlängerungsanträge zur Mieterchutzgesetzgebung wurden gegen die Antragsteller abgelehnt. Angenommen wurde die Verlängerung der Mieterchutzgesetzgebung bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Die Konzepte zum Mieterchutzgesetz und Reichsmietengesetz mit den dazu gestellten Anträgen wurden dem Wohnungsausschuß überwiesen, damit sofort an die Verschlechterung der Mieterchutzgesetzgebung durch den Bürgerblock herangegangen werden kann.

Abrechnung mit den Mietvuchern

Rebe des Genossen Hellein:
Reichsjustizminister Dr. Hergt hat vergeblich versucht, seinem Wechselholz von Regierungsvorlage durch allerlei Schminke und Tricksen ein für die Öffentlichkeit prachensames Gesicht zu geben. Er hat aber nicht vermocht, auch nur einen einzigen sachlichen Grund für die weitere erhebliche Verschlechterung des Mietergesetzes anzuführen. Er leidet lediglich aus der Tatsache, daß bereits im Vorjahre der Mieterchutz erheblich zugunsten der Mieter verschlechtert worden ist, für sich und den Bürgerblock das Recht ab, ihn auch weiter systematisch zu verschlechtern. Daneben beruft er sich auf politische Notwendigkeiten. Dieses sind aber nur die partei- und wahlpolitischen Notwendigkeiten des Bürgerblocks. Eine Regierung, die diesen Namen verdient, dürfte sich bezüglich von der Frage leiten lassen: Welche eine wirtschaftliche oder soziale Notwendigkeit, den Mieterchutz weiter abzubauen? Jeder sozial einseitige Mensch muß diese Frage klar vernehmen. Die Verhältnisse auf dem Miet- und Wohnungsmarkt haben sich im letzten Jahre nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Die Wohnungsnot und das Wohnungseld sind in weiterer Weise begreifen. Hat man 1926 auch zum ersten Male den vom Reichsparlamentarier Braun angegebenen Mindestneubau, an Wohnungen erreicht, so wurde gleichwohl auch in diesem Jahre der Wohnungsneubau nicht ausgeglichen, der durch die erforderliche Ausbesserung ungeändert oder baufälliger Wohnungen entsteht. Seit Beendigung des Krieges ist somit noch nicht in einem einzigen Jahre der unbedingte Neubedarf von Wohnungen gedeckt, geschweige denn, das durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachte Wohnungsdefizit ausgeglichen worden. Die Ueberfüllung der Klein- und Mittelwohnungen wächst weiter. Mit dieser Ueberfüllung wachsen auch die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren der Wohnungsnot. Auch von rein wirtschaftlicher Seite muß der Abbau des Mietergesetzes mit allen Mitteln beinahe werden. Die Vielzahl der Arbeitslosen und Arbeitslosenempfänger, die Aufnahme der sozialbedürftigen Familien, Kriegsbeschädigten, Kriegsgenossen, Sozial- und Kleinrentner usw. sollten jede Regierung veranlassen, die Gefahren der Obdachlosigkeit zu mildern, statt zu erhöhen. Die Verschlechterungen am 1. April und 1. Oktober, die ständig steigenden Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel und die Bürgerblockpläne in bezug auf den Zollwucher bringen Millionen von Volksmassen nun in die Gefahr des Verlustes ihres Wohnrechts. Auf Grund der vorjährigen Verschlechterung des Mietergesetzes ist die Zahl der Exmittenen bereits ins schreckliche gestiegen. In allen deutschen Großstädten sind Tausende von Familien ohne jedes persönliche Verschulden als Opfer des Systems auf die Straße geworfen worden. Wagnertolonien und Notobdachlosenheime sind die Unterhaltstätten für die unglücklichen Exmittenen. Dabei haben sich geradezu grauenregende Zustände herausgebildet. So in Hannover mit seiner glorreichen Einführung des Spargulles. Diese Zustände aber, genießen den christlichen Bürgerblock nicht. Statt Wohnungen und Brot gibt man den Massen neue Anordnungen. Vor allem aus Furcht vor den bemungelosen Demagogen der Wirtschaftspartei, die, in Erwartung der Milliardenentwertung, gewinne aus der Hypothekentwertung mit Korruption und Zer-